

Paroli

Extra-Ausgabe
Bundestagswahl

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität
Bundestagswahl
extra
September 2021

Reichtum stärker besteuern

Interview mit der LINKEN-Spitzenkandidatin und Parteivorsitzenden Janine Wissler

Paroli: Janine, viele glauben, um aus der Coronakrise nun rauszukommen, sollte man lieber keine Experimente wagen. Warum sollte man bei der Bundestagswahl trotzdem der LINKEN die Stimme geben?

Janine Wissler: Damit die riesigen Kosten, die durch Corona entstanden sind, gerecht verteilt werden. Da müssen starke Schultern auch größere Lasten tragen, das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Insbesondere diejenigen in systemrele-

Patient*innen leiden. Als Sofortmaßnahme brauchen wir 100.000 neue Pflegekräfte, strukturell muss Schluss sein mit profitorientierter Gesundheitsversorgung. Deshalb sorgen wir dafür, dass Krankenhäuser bedarfsgerecht finanziert werden und sich am Gemeinwohl orientieren. Das verbessert die Versorgung in Stadt und Land. Außerdem schaffen wir die Zwei-Klassen-Medizin ab und etablieren eine Bürger*innenversicherung, damit nicht wie bisher die riesige Mehr-

ren wir 120 Milliarden Euro jährlich. Das funktioniert vor allem, indem wir das Steuersystem endlich gerecht machen. Von unseren Vorschlägen profitieren alle, die im Jahr weniger als 100.000 Euro brutto verdienen, sie haben nach Steuern mehr in der Tasche. Trotzdem hätte der Staat zusätzlich 90 Milliarden zur Verfügung, indem wir endlich wieder eine Vermögensteuer einführen und Millionenerbschaften ebenso wie Konzerne gerecht besteuern.

Zum Schluss noch: Welches Thema packt dich im Wahlkampf am meisten?

Natürlich das Desaster von NATO und Bundeswehr in Afghanistan. Das kann uns nicht kalt lassen. DIE LINKE hat sich als einzige immer gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestellt, dafür sind wir beschimpft worden. Und statt der Realität ins Auge zu sehen und Auslandseinsätze zu beenden, will die aktuelle Bundesregierung lieber weiter den Verteidigungsetat erhöhen und sogar Kampfdrohnen anschaffen. Dabei ist schon genug Geld in unsinnige Projekte verpulvert worden, anstatt Deutschland zukunftsfähig zu machen. Außerdem wollen wir auch Waffenexporte aus Deutschland grundsätzlich verbieten, sie führen zu Leid und Tod in aller Welt.

heit der Versicherten schlechter gestellt ist.

Und wie will DIE LINKE das finanzieren?

Durch ein öffentliches Investitionsprogramm. Um Deutschland zukunftsfest zu machen, investie-

Klimafreundliche Mobilität für alle – zum Nulltarif

Für eine gerechte Welt und ein gutes Leben für alle sind auch andere Verkehrsverhältnisse nötig. Es geht um Mobilität und Versorgung für alle – mit deutlich weniger Verkehr. Damit das gelingen kann, wird mehr Demokratie in Kommunen und Betrieben gebraucht. Mehr öffentliche Daseins-

vorsorge und Planung. Der Markt schafft keine soziale und ökologische Verkehrswende.

Wir wollen den Umstieg zum ÖPNV, zum Radverkehr und auf die Füße planmäßig fördern, die Städte vom motorisierten Individualverkehr (MIV) befreien.

Fortsetzung Seite 3

Kommentar

Wahl ohne Qual

Ist es nicht egal, wen man wählt? Zwischen CDU/CSU, Grünen, SPD und FDP scheinen die Unterschiede nicht sehr groß. Ob Privatisierung von Post, Bahn und Krankenhäusern, Senkung des Spitzensteuersatzes, Durchsetzung von Niedriglöhnen durch die Hartz-Gesetze, Erhöhung des Renteneintrittsalters, allem haben sie zugetimmt. Und sie erhöhen den Rüstungshaushalt, obwohl die NATO viermal mehr ausgibt als Russland und China.

Nicht DIE LINKE muss sich ändern, um koalitionsfähig zu werden, sondern SPD und Grüne, die 20 Jahre den Bundeswehreininsatz in Afghanistan abgenickt haben.

Durch die Corona-Pandemie wurden die Reichen noch reicher, während die Beschäftigten in der Pflege, den Lieferfirmen und im Einzelhandel, die den Laden am Laufen halten, unterbezahlt sind. Aber nur DIE LINKE fordert, dass die Vermögenden zur Deckung der Krisenkosten herangezogen werden und die Kliniken in öffentliche Hand kommen.

Zur Lösung der Klimakrise werden nicht die Konzerne und die Vermögenden, die das Klima am meisten schädigen, in die Pflicht genommen. DIE LINKE will unterbinden, dass kleine und mittlere Verbraucher*innen bei den Energiekosten zuzahlen. Mit einem Mindestlohn von 13 Euro und einer Grundsicherung von 1.200 Euro will sie die Umverteilung nach oben stoppen und mit einem kostenlosen Nahverkehr Mobilität für alle ermöglichen.

Die Wahl geht ohne Qual, denn nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine für einen grundlegenden Kurswechsel und landet garantiert nicht in einer Koalition mit CDU oder FDP.

Nico Biver



vanten Berufen sind jetzt über anderthalb Jahre teilweise weit über ihre Belastungsgrenzen hinausgegangen. Sie alle verdienen nicht bloß Applaus, sondern 500 Euro Pandemiezuschlag. Eine Vermögensabgabe auf besonders hohe Vermögen hilft, um das zu finanzieren.

In welchem Bereich hat Corona denn die größten Defizite offenbart?

Auch wenn es irgendwie dank der Beschäftigten gerade noch gut gegangen ist: im Gesundheitssystem. Pfleger*innen sind völlig überlastet, nachdem der Beruf aufgrund der Profitfixierung der Krankenhausunternehmen ohnehin immer weiter an Attraktivität verloren hat, worunter schlussendlich

Ich stehe für soziale Gerechtigkeit

Interview mit Maximilian Peter, Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis Marburg



Foto: Nico Biver

▲ Max Peter und Christine Buchholz, die verteidigungspolitische Sprecherin der LINKEN-Bundestagsfraktion, legen zum Antikriegstag am 1. September Blumen am Deserteursdenkmal nieder.

Termine

► **Wahlabend der LINKEN**
So., 26. Sept., ab 17.30 Uhr,
Büro der LINKEN

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9,
35037 Marburg

► **Kreis-Mitgliederversammlung** der LINKEN, jeden 3.
Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** erweiterte
Fraktion, montags, 19.30 Uhr

► **Kreis AG**, dienstags, 18.30 Uhr

Impressum

Paroli

Herausgeberin dieser Ausgabe:
DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver,
Alex Cramer

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 7.9.2021

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Paroli: Max, du trittst in Marburg als Direktkandidat für DIE LINKE bei der Bundestagswahl an. Was hat dich zur Kandidatur bewogen?

Max Peter: Das Thema soziale Gerechtigkeit! Ich will für ein Land kämpfen, in dem Arbeitslose nicht

an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, alle Kinder die gleichen Chancen haben und Rentner*innen nicht nach Jahrzehnten im Berufsleben Flaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen. Das ist doch ein totaler Skandal, dass so etwas in Deutschland passiert.

DIE LINKE fordert, dass niemand mit weniger als 1.200 Euro im Monat auskommen muss. Daher fordern wir diesen Betrag als Mindestrente und als sanktionsfreie Mindestabsicherung, zum Beispiel wenn Menschen arbeitslos werden.

Aber auch der Lohn muss zum Leben reichen. Der Mindestlohn soll ausnahmslos auf 13 Euro in der Stunde erhöht werden. Mit sozialer Gerechtigkeit hängen aber noch zahllose andere Themen zusammen.

Zum Beispiel?

Wir können die Klimakrise nur stoppen, wenn das sozial gerecht abläuft und nicht diejenigen, die ohnehin wenig haben, zusätzlich belastet werden. Nur mit unseren Vorschlägen kann verhindert wer-

den, dass das 1,5-Grad-Ziel nicht erreicht wird. Das bestätigen unabhängig voneinander NABU und Greenpeace. Dafür müssen erneuerbare Energien massiv ausgebaut und der ÖPNV gestärkt und kostenfrei gemacht werden.

Aber für uns ist auch klar: Jeder Job, der durch den Strukturwandel verloren geht, wird aufgefangen. Daher planen wir große Transformationsfonds. Das sichert auch den gesellschaftlichen Frieden, den besonders Rechte auch beim Thema Klimaschutz gefährden.

Was hat DIE LINKE der Gefahr von rechts denn entgegenzusetzen?

Antifaschismus war eines der Themen, das mich persönlich politisiert hat, da wird gerade auch zivilgesellschaftlich viel geleistet. Für DIE LINKE ist klar, dass man endlich rechte Netzwerke genau beobachten – auch in Sicherheitsbehörden – und zerschlagen muss. Allerdings hat Deutschland grundsätzlich dabei versagt, Opfer rechter Gewalt zu schützen und ihnen Gehör zu verschaffen. Bei rechten Terroranschlägen wurden dann besonders die Hinterbliebenen im Regen stehen gelassen. Das ist beschämend und oft kein Zufall. Es müssen auch die Ursachen des behördlichen Versagens untersucht werden.

Gesund ohne Profit

Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass es ein gefährlicher Irrweg gewesen ist, das Gesundheitswesen Marktprinzipien zu unterwerfen und schrittweise zu privatisieren. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlt es an Personal – auch an unserem privatisierten Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM). Pflegekräfte geben tagtäglich unter schweren Bedingungen ihr Bestes und versuchen Lücken mit Extra-Einsatz zu füllen. Der Pflege-notstand muss beendet werden durch mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Erfahrungen mit der Privatisierung unseres Uniklinikums lehrt uns, dass der Betrieb eines Krankenhauses oder einer Pflegeeinrichtung nicht auf Rendite, Dividende und Profit ausgerichtet sein darf. Vielmehr müssen sie gemeinnützig

und bedarfsorientiert organisiert werden. Dazu ist es notwendig, die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in öffentliche oder gemeinnützige Hand zu überführen.

Für unser Uniklinikum hat ein Gutachten des Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wieland aufgezeigt, wie das gelingen kann. Mit dieser Expertise im Rücken fordern bereits mehr als 10.000 Menschen in einer Petition den Landtag auf, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen.

Aber auch die Zwei-Klassen-Medizin muss beendet werden. Eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen, würde nicht nur für eine gleich gute Versorgung garantieren, sondern auch dazu führen, dass die Beitragssätze sinken. Wer weniger als 6.300



Foto: Felix Pflüger

Euro brutto verdient, zahlt weniger als jetzt. Die Eigenanteile bei der Pflegeversicherung müssen wegfallen. Für DIE LINKE gilt: Die Gesundheitsversorgung ist ein öffentliches Gut, das den Menschen und ihrem Bedarf dienen und nicht für Profiteure von Kapitalgesellschaften sorgen soll.
Jan Schalauske

Betongold deckeln

Der Staat muss eingreifen, damit Mieten bezahlbar sind

Eine bezahlbare Wohnung ist ein Anker im Leben: Von hier aus gehen die Großen zur Arbeit und die Kleinen zur Schule, von hier aus macht man Ausflüge und sucht Ruhe. Eine bezahlbare Wohnung ist ein soziales Grundrecht. Daraus folgt, dass die Versorgung mit angemessenem Wohnraum nicht privaten Geschäftemachern überlassen werden darf – sie ist eine öffentliche Aufgabe. Um das durchzusetzen findet in Berlin am Tag der Bundestagswahl ein Volksentscheid über die Enteignung der großen Wohnungskonzerne statt. In Marburg und vielen

anderen Städten zeigt sich aber das gleiche Bild: Der Mangel an Sozialwohnungen nimmt zu. Die Mieten steigen. Besonders bei Leuten mit kleinem Geldbeutel bleibt immer weniger vom Einkommen übrig.

DIE LINKE macht sich dafür stark, dass die Regierungen in Stadt, Land und Bund regulierend in den Wohnungsmarkt eingreifen. Ein Mietendeckel kann die Explosion der Mieten aufhalten und sogar rückgängig machen. Das gilt nicht nur für privaten Wohnraum, sondern auch für Kleinbetriebe oder kulturelle und soziale Einrichtungen. Wo private Investoren neue Wohnungen bau-

en, müssen sie einen bestimmten Anteil an Sozialwohnungen bereitstellen. In Marburg sind es auf Initiative der linken Fraktion 30 Prozent. Das kann die Spekulation mit dem „Betongold“ bremsen.

Der Staat muss aber durch die Einführung einer neuen Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau auch selbst aktiv werden. Das heißt, steuerliche Vergünstigungen werden dauerhaft an Mietobergrenzen und Mitspracherechte der Mieter*innen geknüpft. Und die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften müssen durch die Bereitstellung von günstigen Wohnungen dem Mietwucher und der Spekulation in diesem Bereich entgegenwirken. Für DIE LINKE gilt: Wohnen darf nicht behandelt werden wie eine x-beliebige Ware. *Renate Bastian*

Briefwählen mit links

Wer am 26. September nicht zu Hause ist oder – etwa wegen Corona – nicht im



Wahllokal wählen will, kann per Brief wählen. Die Unterlagen kann man mit der Wahlbenachrichtigung oder formlos schriftlich beantragen oder beim Wahlamt abholen, und dort sogar sofort wählen.

In Marburg ist das Wahlamt im Rathaus bis zum 24. September geöffnet, am Freitag vor der Wahl bis 18 Uhr. Die ausgefüllten Stimmzettel können per Post geschickt werden oder – im Falle Marburgs – bis spätestens 18.00 Uhr am 26. September in den Briefkasten am Rathaus eingeworfen werden.

Abrüstung ist alternativlos!

Gastbeitrag von PD Dr. Johannes M. Becker, Friedensforscher

Die Politik der Interventionskriege, vornehmlich der NATO und ihrer Verbündeten, mit ihren fatalen Folgen ist krachend gescheitert: nach Jugoslawien ab Anfang der 90er Jahre in Irak, Libyen; Syrien nicht zu vergessen. Und jetzt in Afghanistan. Mali steht als nächstes auf der Tagesordnung.

Das Strickmuster ist eigentlich immer dasselbe: Zuerst wird ein Diktator (meist sind es Männer) mit Waffen versorgt, dann nimmt man die mit den Waffen des reichen Nordens und Westens vollzogene Missachtung der Menschenrechte, gegebenenfalls auch losgebrochene militärische Konflikte, zum Anlass einer Militärintervention. Dabei können dann die hiesigen Rüstungskonzerne, ein willkommener Nebeneffekt, auch noch ihre neuesten Entwicklungen ausprobieren...

Für die Herrschenden freilich ist die Interventionspolitik nicht gescheitert. Die Aktien der Rüstungskonzerne bewegen sich in schwindelnden Höhen, die Aufrüstung im Inneren hat ungeahnte Dimensionen angenommen. Der deutsche Rüstungsexport ist rechtswidrig, für die staatstragenden christ- und sozialdemokratischen Parteien beschämend und destabilisiert weiterhin Länder um Länder.

Dabei gibt es keine Alternative

zu einer aktiven Friedenspolitik: Stopp jeglichen Rüstungsexports – die LINKE ist übrigens die einzige Partei, die dies fordert. Stopp der inländischen Aufrüstung – Waffen und Kriege haben noch keinen Konflikt irgendwo auf der Erde geregelt, geschweige denn: gelöst. Die EU nicht aufrüsten und nach Afghanistan schicken, sondern zur würdigen Nobelpreisträgerin entwickeln. Der UNO ihre ursprüngliche friedentiftende Funktion zurückgeben, und dies mit dem alleinigen Gewaltmonopol – das sind die Gebote der Stunde!

Rüstung und Armeen sind auch die größten Umweltsünderinnen, lange schon vor dem ersten Schuss. Sicherheit muss in Deutschland und anderswo mit umfassender Abrüstung neu gedacht werden.



▲ Sabine Leidig ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Hessen

Fortsetzung von S. 1

Nulltarif für alle

Wir wollen dafür sorgen, dass Mobilität auch auf dem Land ohne eigenes Auto gut funktioniert. Das geht nur, wenn das Angebot der Öffis für alle verbessert wird. Für das Radfahren im Alltag müssen sichere Wege und eigene Schnellwege her.

Dafür wollen wir umverteilen: Bus und Bahn statt Autobahn! Statt viele Milliarden Euro in hunderte Kilometer neue Autobahnen im Land zu investieren, soll der Bund das Geld für die Verkehrswende einsetzen. Statt Dieseltreibstoff und Flugbenzin zu subventionieren, sollen die Ticketeinnahmen für den ÖPNV finanziert werden. Eine Nahverkehrsabgabe für Unterneh-

men kann den Kommunen zusätzliche Mittel für Öffis bringen. Der Nulltarif ist nicht umsonst.

Einfach einsteigen! Wenn Bus und Tram zum Nulltarif fahren, lassen sich viel mehr Menschen das Auto stehen. Das zeigen Erfahrungen in anderen Ländern und auch die Semestertickets oder kostenfreie Nutzung an Samstagen bei uns.

Dann würden weniger Menschen Rad fahren, sagen Kritiker aus den Reihen der Umweltverbände. Für die Ärmsten stimmt das. Sie gingen vorher zu Fuß, fuhren Rad oder blieben daheim, weil sie sich den ÖPNV nicht leisten konnten. DIE LINKE kämpft auch deshalb für den Nulltarif. Weil damit alle Menschen mobil sein können und an der Gesellschaft teilhaben. Sozial.öko.logisch. *Sabine Leidig*

Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Die Corona-Krise hat die Reichen noch reicher gemacht. In der Pflege, im Handel und bei den Lieferdiensten hat hingegen das Personal die Risiken und die Mehrarbeit geschultert, aber als Lohn nur Beifall bekommen. Kinder aus armen Familien haben beim Home-Schooling das Nachsehen. Es fragt sich, wer für die enormen Kosten der Pandemie aufkommen wird.

Die gleiche Frage auch bei der Klimakrise. Dass hier Handlungsbedarf besteht, wurde nicht nur durch die jüngste Überschwemmungskatastrophe deutlich, sondern auch durch die Hitzerekorde bei uns und die Feuersbrünste in den USA und den Mittelmeerländern. Auch in Deutschland wird das Einsparen von Energie und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger Milliarden-summen verschlingen.

Um diese Krisen zu bewältigen, die Armut zu verringern und die Sozialsysteme auszubauen, ist es an der Zeit, diejenigen zur Kasse zu bitten, die seit Jahrzehnten geschont wurden und die teilweise sogar an den Krisen verdient haben: die Superreichen. Außerdem muss die Geldverschwendung durch Aufrüstung und Militäreinsätze gestoppt werden. Spätestens die Niederlage in Afghanistan sollte Anlass für eine Umkehr sein.

Wir rufen auf, DIE LINKE zu wählen, denn sie will:

- die Kosten der Pandemie mit einer Abgabe für Vermögen über 2 Mio. Euro finanzieren;
- den Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen und Schluss machen mit befristeten Arbeitsverträgen, Leihar-

beit und Jobs ohne Tarifvertrag;

- das Rentenalter auf 65 senken und eine Mindestrente von 1.200 Euro einführen;
- Hartz IV durch eine unkürzbare Mindestsicherung von 1.200 Euro ersetzen;
- Kliniken und Pflegeeinrichtungen in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand und eine Garantie für besser bezahltes und ausreichendes Personal;
- die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens beseitigen, indem alle Menschen in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen;
- große Vermögen und Erbschaften wieder besteuern, hohe Einkommen höher und Monateinkünfte unter 6.500 Euro geringer belasten;
- Konzerne auf klimaneutrale Produktion und Verbrauch umstellen;
- Bus und Bahn als Alternative zum Pkw flächendeckend ausbauen und den Nahverkehr kostenfrei machen;
- Job- und Einkommensgarantien schaffen für die Beschäftigten bei der Ausrichtung der Betriebe auf Klimaneutralität;
- die Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte und eine Erhöhung des Rüstungshaushaltes sofort beenden.

Nur bei der LINKEN können wir sicher sein, dass sie sich nicht an einer Regierung mit der CDU beteiligen wird.

Spenden

Wes Brot ich ess ...

Im Juli hat die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) der Marburger Milliardärsfamilie Pohl der CDU eine Spende von 300.000 Euro und der FDP eine von 150.000 Euro zukommen lassen. Im August erhielten die SPD und die Grünen, die sich auch um die Privatrenten verdient gemacht haben, jeweils 100.000 Euro. In diesem Jahr hat die CDU bereits 2,8 Mio. Euro an Großspenden über 50.000 Euro eingenommen, die FDP sogar 3,3 Mio. Euro und die Grünen 1,9 Mio. Euro, teilweise von den gleichen Spendern.

Wir wundern uns nicht, dass DIE LINKE beim Spendenregen zur Bundestagswahl leer ausgeht. Das ist gut so. Wir wollen nicht bei Konzernen, sondern bei unseren Wähler*innen in der Schuld stehen.

Helft uns, dem großen Geld Paroli zu bieten durch Spenden auf das Konto:

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
IBAN DE27 5139 0000 0017 6239 07
Volksbank Mittelhessen

Deshalb am 26. September DIE LINKE wählen!

Unterzeichner*innen des Aufrufs: Wilfried Amediek, Rentner | Dr. Thorsten Arendt, Informatiker | Celia Bach, Rentnerin | Werner Bachmann, Rentner (Cölbe) | Friedrich-Martin Balzer, Historiker | Renate Bastian, Journalistin | Marlis Bauß, Lehrerin i.R. | Angelika Becker, Lehrerin i.R. | Heidmarie Becker, Rentnerin | Luise Becker, Studentin | PD Dr. Johannes M. Becker | Charlotte Bernard, Lehrerin i.R. | Robert Bernhard, Lehrer im Hochschuldienst | Helmut Bickel | Nico Biver, Angestellter | Daniel Blatz, gewerkschaftlicher Bildungsreferent | Roland Böhm, Verlagsleiter | Heiko Bolldorf, gewerkschaftlicher Bildungsreferent | Peter Braun, Bildhauer | Dr. Thimo Jacob Brestel, Archäologe | Frank Brinkmann, Ausbilder | Franziska Brinkmann, Kinderkrankenschwester | Doris Bunke (Cölbe) | Dr. Kurt Bunke, (Cölbe) | Daniel Butkus, Student | Dr. Hanna Christiansen, Professorin für Klinische Kinder- und Jugendpsychologie | Alexander Cramer, Promovend | Frank Deppe, Prof. em. | Florian Donges, Umschüler/Zerspaner (Dautphetal) | Norbert Donner-Banzhoff, Universitäts-Professor | Alexandre da Silva, Gewerkschaftssekretär | Zoë Delschen, Studentin | Joschka Dreher, Student | Björn Drott, Sozialarbeiter | Jasper Dültgen, Student | Sebastian Durben, Student | Ludwig Eckelsbach, Oberstudienrat i.R. | Walburga Eicher, Förderschullehrerin | Kai Eicker-Wolf, Gewerkschaftssekretär | Ilina Fach, Kulturwissenschaftlerin | Dr. Tilman Fischer, Wiss. Mitarbeiter | Heike Flach, Ingenieurin | Christian Frenzel, Fachinformatiker | Erich Fresenberg, Schlosser/Rentner (Lohra) | Roland Fuchs, in Umschulung | Tobias Funk, Künstler | Anne-Katrin Gabrian | Dieter Gabrian, Lehrer i. R. | Marita Gabrian, Lehrerin i. R. | Christel Gabrian-Zimmermann, Rentnerin | Yvonne Gärtner, Sozialpädagogin und Suchttherapeutin | Christian Geyer | Bernd Georgy, Lehrer i.R. | Moritz Gleitsmann, Arzt | Gert Gohde, Rentner | Judith Grimm | Roland Grimm | Martin Gronau, Softwareentwickler / IT-Consultant | Ulrike Grünheid | Fredy Haas, Fotograf und Techniker | Jürgen Hahn-Schröder | Bernd Hanemann, Dipl. (grad.) Sozialarbeiter i.R. | Katharina Hansen-Schlichting, Studierende | Dr. Ursula Haupt, Rentnerin | Dominik Osman Hechler, Student | Harry Hecker | Maraike Henschel | Christoph Herrmann, Rentner | Lutz Heusinger, Kunsthistoriker | Paul Hilger, Musiker | Lothar Horn, Dipl.-Pädagoge | Michael Horstmann, Diplom-Pädagoge | Burkhard Höse, Rentner (Biedenkopf) | Joachim Höslter, Lehrer | Klaus Hosemann, Bausachverständiger | Hansherbert Huberty, Techniker i.R. | Maria Jäger, Rentnerin | Reinhold Jäger, Lehrer i.R. | PD Dr. Maximiliane Jäger-Gogoll (Ebsdorfergrund) | Rainer John, Rentner | Vincent Etienne Junck (Stadtallendorf) | Hans Junker, Rentner | Erwin Junker, Lehrer i.R. | Yusuf Karaaslan, Student/SDS.dielinke | Markus Karger, Mitglied im Bundesvorstand der Kirchengewerkschaft | Philip Kaufmann, Student/Angestellter | Siegfried Keck, Rentner | Esther Klein, Künstlerin | Thomas Klingelhöfer (Gladenbach) | Dieter Kloszowski, Rentner/Ing. | Kurt Knieriem, Dipl.-Biologe | Peter Kolditz, Rentner | Astrid Kolter, Dipl.-Psychologin | Dieter Kombächer, Hausmeister/Verdi-Vertrauensmann | Henning Köster, Magistratsmitglied | Johannes Krug, Theologe | Alexander Kubon, (Kirchhain) | Arnold Leiter, Rentner | Claudia Leiter-Waibl, Rentnerin | Anja Kerstin Lercher, Förderschullehrerin | Godela Linde, Rechtsanwältin | Regina Link, Rentnerin | Felix Lux | Dietlind Maier-Metz | Harald Maier-Metz | Carsten Majewska | Erwin Meier, Rentner | Sigurd Meier, (Kirchhain) | Pit Metz, Rentner/Dipl.-Pädagoge | Freia Meyer, Rentnerin | Gert Meyer | Jörg Müller, Krankenpfleger | Sara Müller, Studentin | Günter Müller-Wollmer, Rentner (Wetter) | Peter Nahrgang, Informatiker (Stadtallendorf) | Thomas Nahrgang, Rentner (Stadtallendorf) | Frauke Nahrgang, Pensionärin (Stadtallendorf) | Lothar Neumann, Erzieher/Mitarbeitervertreter | Dr. Helga Niehaus, Ärztin | Patrick Ölkrug, Student | Cornelius Oepen, Arzt i.R. (Kirchhain) | Asim Özülkü, selbstständig | Marc Oran, Student | Ralf Paul, Schornsteinfeger (Angelburg) | Maximilian Peter, Einzelhandelskaufmann (Niederweimar) | Susanne Peter, Krankenschwester | Benjamin Pfalz, Gewerkschaftssekretär | Felix Pflüger, Projektleiter, M.Sc. Umweltwissenschaften | Ines Pinquart, Ärztin | Adrian Pourviseh, Student | Dr. Anna Elissa Radke | Leonie Ramelow, Verwaltungsangestellte | Marieke Richber, Vikarin | Horst Ries | Prof. Rainer Rilling, Soziologe, Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung | Ursula Ritter | Dr. Songül Rolffs, Hochschuldozentin | Stefanie Roth, Pädagogische Fachberaterin | Jörg Rustmeier, Dipl.-Theologe/Lehrer | Hans-Erich Schäfer | Jochen Schäfer, Fachkraft für Dokumentation | Birgit Schäfer-Biver, freischaffende Künstlerin | Jan Schalauske, Landtagsabgeordneter | Dr. Günter Schäfer-Pohlmann, Rentner | Helmut Reimschuessel, Techniker, Rentner | Julius Scheffler, Informatiker | Heidrun Schiller, Psychologin | Kamakshi Schiller | Karl-Heinz Schmidt, Rentner | Wilhelm Schmidt, Rentner (Ebsdorfergrund) | Stephanus Schmiedel, Arzt (Ebsdorfergrund) | Utta Schmiedel, Diplompädagogin (Ebsdorfergrund) | Christoph Schmitt, Zerspanungsmechaniker (Biedenkopf) | Claus Schoendorf, Dipl.-Psychologe | Ralf Schrader, Oberstudienrat i.R. | Camilo Schrimpf | Thomas Schützensack | Stefan Schulte | Karin Schwalm, Pensionärin | Bärbel Schwarz-Köppl, Oecotrophologin | Christa Seip, Rentnerin | Hans-Jürgen Sitt, Rentner (Kirchhain) | Andrea Sollwedel, Supervisorin | Dr. Gert Sommer, Professor i.R. | Cornelius Stein, Sozialarbeiter | Marina Stengel-John, Rentnerin (Breidenbach) | Klaus P. Stock, Rentner | Rüdiger Stolzenberg, Rentner | Rosemarie Stroop, Lehrerin i.R. | Inge Sturm, Stadtverordnete | Lewis Thomas-Hargreaves, Chemiker | Jan-Frederik Thurmann, wiss. Mitarbeiter | Marion Twelsiek, Ärztin | Dieter Unseld, Rechtsanwalt | Barbara Wagner, Verwaltungsangestellte | Friedemann Wagner | Brigitte Walbe, Kunsthistorikerin | David Weber, Student | Dr. Hartwig Weber, Rentner | Konrad Weber, Rentner (Kirchhain) | Dr. Sabine Wendt, Rechtsanwältin i.R. | Michael Wickermann, IT-SysAdmin | Fabian Wiczorek, Crépier | Peter Wilhelm, Rentner | Werner Wörter, Oberstudienrat | Tim Wollenhagen, Student | Heidi Wollmer, Rentnerin (Wetter) | Stefan Zelder | Werner Zentner, Sachbearbeiter | Christiane Zielosko, Physiotherapeutin | Herbert Zimmermann, Rentner | Dr. Rainer Zuch, Kunsthistoriker | Gudrun Zühlke | Susanne Zühlke, Küsterin, Mutter, Großmutter (Kirchhain) | Walter Zühlke

Bei Personen, die außerhalb Marburgs leben, ist der Ort angegeben.

Den Aufruf unterschreiben unter: www.die-linke-marburg.de/bundestagswahl-2021/wahlaufruf/